

Klinkert für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich mit der übernommenen Energiewirtschaft beschäftigt, dann kommt man zu dem Schluß, daß den alten Planwirtschaftlern um ihren Fürst Mittag eine gewisse politische Weitsicht nicht abzusprechen ist, nämlich in der Richtung, daß sie durchaus mehr als nur geahnt haben müssen, daß in diesem Land eine politische und vor allen Dingen eine wirtschaftliche Wende eintreten wird, denn sonst hätten sie diese Energiewirtschaft nicht so weit runterfahren können.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Wer dies nicht glauben mag, den möchte ich an die Zustände in der Energiewirtschaft erinnern, die wir von Fall zu Fall erleben, nämlich immer dann, wenn einer der sogenannten vier Hauptfeinde der sozialistischen Planwirtschaft, der Winter, mal wieder etwas härter zugeschlagen hat, daß es dann zu Netzausfällen und Flächenabschaltungen kommt, die wir aber auch in unseren persönlichen Haushalten spüren, in der Netzüberlastung, die nicht nur im Winter da ist und die wir daran merken, daß der, der privat einen Kraftstromanschluß für sich in Anspruch nehmen will, darauf fast genauso lange gewartet hat wie auf ein Telefon oder auf ein Auto.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Weitere gravierende Charakteristika unserer Energiewirtschaft sind, daß die Arbeitsproduktivität zum Teil weniger als die Hälfte der bundesdeutschen beträgt. Der Wirkungsgrad reduziert sich auf 75 bis 50 % bundesdeutscher Anlagen. Das Durchschnittsalter der Industriekraftwerke liegt bei 35 Jahren, das der sonstigen Kraftwerke bei ca. 20 Jahren.

Nach der Freigabe der Umweltdaten wissen wir nun auch verbindlich das, was wir immer vermutet haben, daß wir nahezu Weltmeister bei der Emission von Staub, SO₂ und Stickoxiden sind. Die Altlasten möchte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen, daß eben Hunderte Hektar nicht mehr nachnutzungsfähiger, zumindest in diesem Zustand, Altkippen vorliegen, das Sterben der Wälder, verschmutzte Luft und unsauberes Wasser unseren Teil Deutschland charakterisiert. Aber andererseits hängen Hunderttausende von Arbeitsplätzen von der Energiewirtschaft ab. Auf diesen Arbeitsplätzen sind Menschen, die jahrzehntelang - trotz verfehlter Politik - durch ihre Arbeit, und hier glaube ich, mir eine Einschätzung Zutrauen zu dürfen, immer noch das Beste aus der Situation zu machen versuchten.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Letztendlich ist die Energieversorgung das Rückgrat jeder Volkswirtschaft, und sie ist gerade für unsere Wirtschaft jetzt von besonderer Bedeutung, indem wir nämlich Investoren brauchen und diese Investoren ja ihre Maschinen und Anlagen auch mit elektrischem Strom betreiben müssen.

Um diese ausweglose Situation zu ändern, bedarf es einiger Voraussetzungen. Hauptvoraussetzung dazu ist in erster Linie Geld für Investitionen, und zwar sowohl auf der Kraftwerksseite als auch auf der Netzseite in mindestens zweistelliger Milliardenhöhe. Wir brauchen das Know-how einer straffen Unternehmensführung, und wir brauchen auch die materielle Basis für schnellstmögliche Investitionen.

Bei der Kompliziertheit der Probleme auf jeder Ebene der Energieversorgung ist es notwendig, Unternehmen zu finden, die sich umfassend in der Energiewirtschaft engagieren und sich nicht nur die jeweils lukrativsten Teilobjekte herausuchen wollen. Und dafür waren bisher nur die drei genannten Energieunternehmen zu gewinnen. Das schließt aber weitere Beteiligungen, das ist durch Minister Steinberg ja eindeutig gesagt worden, sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verteilerseite nicht aus.

Ein Verkauf hat bisher nicht stattgefunden und ist bis zur Lösung der Bewertungsfragen auch nicht vorgesehen. Insofern sind die Pressemeldungen, die da von IOMrd. M Verkaufserlös

sprechen, entweder erfunden oder eine bewußt in Szene gesetzte Demagogie.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Es geht - und das möchte ich hier noch mal wiederholen, so wie das der Minister gesagt hat - um die Geschäftsbesorgungsgesellschaften, die unsere Energiewirtschaft in erster Linie über den vor uns stehenden Winter bringen müssen. Und wir können eben nicht planwirtschaftlich davon ausgehen, daß nach drei milden Wintern auch ein vierter milder Winter schon noch folgen wird. Es verbleiben auch danach genügend Anteilscheine bei der Treuhand zur Übergabe an öffentliche Institutionen, an die Länder, an die Kommunen und auch an die Belegschafter. Und zum anderen ist nach der Sanierung der Energieunternehmen, die 10 bis 12 Jahre in Anspruch nehmen wird, eine Entflechtung vorgesehen.

Zur Zeit sind die Kommunen, die sich intensiv mit der möglicherweise auf sie zukommenden Belastung beschäftigt haben, real finanziell nicht in der Lage, das notwendige Investitionsvolumen aufzubringen. Und der von Dr. Dörfler hier genannte Brief schließt ja eine Beteiligung erstmal nicht aus. Aber ich wage zu bezweifeln, daß in den Kommunen allein die Hunderte von Millionen Mark vorhanden sind, die die Entflechtung des Netzes vom Obernetz erstmal finanziell erfordern würde.

Bei der vorgesehenen Unternehmensbeteiligung ist folgendes Wichtige für uns gesichert: Erstens - und das halte ich für das Entscheidendste - ist die Energieerzeugung weiterhin hier in der DDR bzw. in diesem Teil Deutschlands gesichert bei Beibehaltung des jetzigen Anteils an Braunkohlenverstromung, und das sind die Hunderttausende Arbeitsplätze, die ich erst erwähnt hatte.

Zweitens ist gesichert, daß die Energie zu einem vergleichsweise günstigen Preis - vergleichsweise günstigen - zur Bundesrepublik hier verkauft wird.

Drittens ist die Beteiligung der Kommune in der Form gesichert, daß durchaus Stadtwerke errichtet werden können und eine Einspeisung in das Netz erfolgen kann.

Viertens erfolgt eine Entflechtung in der Art, daß Gas, Öl und andere Träger zunächst erstmal ausgegliedert werden und diese sich unter separaten und zum Teil auch anderen Bedingungen hier etablieren können.

Wenn wir über die Energiesituation hier befinden wollen und über das, was an Vertragsverhandlungen gelaufen ist, dann brauchen wir in erster Linie tragfähige Konzepte. Und wir können uns nicht mit irgendwelchen Halbheiten zufrieden geben, die dann am Ende nicht aufgehen. Es gab schon mal ein Energiekonzept, das nicht aufgegangen ist. Das sah so aus, daß Leute ein Haus ohne Fenster gebaut haben und dann die Energie mit Säcken hineintragen wollten.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Eine solche Sache wollen wir uns nicht aufziehen.

Ich glaube, wir sollten im Interesse einer stabilen Energieversorgung die Voraussetzungen für den von uns gewünschten wirtschaftlichen Aufschwung schaffen, und dieser Vertrag bietet meines Erachtens die Voraussetzungen mit Sicherheit. Wir sollten auch die Verantwortung zeigen für die Hunderttausende der Energiewirtschaft, denen wir einen neuen Stolz auf ihren Beruf und vor allem eine Zuversicht auf die Zukunft zu erhalten haben. Dazu wünsche ich uns und auch allen Bergleuten und Energieleuten, die in drei Tagen ihren Bergmannstag feiern wollen, ein herzliches „Glückauf“.

(Beifall bei Liberalen, CDU/DA und DSU)

Jauch (SPD):

Können Sie mir die Stelle in dem Vertrag nennen, an der beziffert ist, wie viele Arbeitsplätze durch diesen Vertrag gesichert werden?